

**Einreichung an die
Gemeindevertretung
der Gemeinde Am Mellensee**

Drucksache Nr.
(ggf. Nachtragsvermerk)
Drucksache Art

2

öffentlich

Einreichender Fraktion DIE LINKE/Fraktion UWG	Datum 31.10.2022
Betreff Personalbedarf und Folgemaßnahmen	
<p>Der Beschluss-Nr.: 367/35/2022 „Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt die Erweiterung des Stellenplanes entsprechend den sich in Anlage befindenden Protokollen der Arbeitsgruppen für die Personalbedarfsplanung. Der Bürgermeister wird damit beauftragt, die entsprechenden Vorbereitungen bzgl. des Personalbedarfes (Stellenausschreibungen) zu treffen und die Mehraufwendungen für die Ausstattung der Arbeitsplätze einzustellen.“ wird wie folgt konkretisiert:</p> <ul style="list-style-type: none"> -Die Gemeindevertretung beschließt 1) die Erweiterung des Stellenplanes ab 2023 um <ul style="list-style-type: none"> eine Stelle 39,5 h/Woche (E9a) Hauptamt (Sachbearbeiter) - eine Stelle 30,0 h/Woche (E10) EDV - eine Stundenerhöhung +5,0 h/Woche Geschäftsbuchhaltung - eine Stelle 30,0 h/Woche Liegenschaften - eine Stundenerhöhung +5,0 h/Woche Anlagenbuchhaltung - eine Stelle 39,5 Stunden / Woche - Hochbau - eine Stelle 30,0 Stunden / Woche - Gebäudemanagement - eine Stelle 20,0 Stunden / Woche - Bauanträge - zwei Stellen 39,5 Stunden / Woche - Bauhof - eine Stelle 39,5 Stunden / Woche – Klimaschutzmanagement - eine Stelle 39,5 h/Woche Meldeamt - eine Stelle 39,5 h/Woche Ordnungsamt Innen- und Außendienst 2) die Einstellung der Mittel für die Ausstattung von 25/30/35 mobile working-Stationen in den Haushalt 2023. <p>Der Bürgermeister wird beauftragt</p> <ul style="list-style-type: none"> 3) die unverzügliche Ausschreibung der unter 1. aufgeführten Stellen vorzunehmen, 4) alle arbeits- und dienstrechtlichen Maßnahmen zu ergreifen, um ab 01.01.2023 mit der Einführung des mobile workings zu beginnen. 	
<p>Begründung/ Erklärung</p> <p>Der o.a., am 19.07.2022 gefasste Beschluss wurde im Bezug auf die Punkte 3) und 4) nach Kenntnis der Gemeindevertretung bisher nicht umgesetzt. Die Erstellung und Bekanntmachung sowie das sich anschließende Auswahlverfahren brauchen Zeit. In den Arbeitsteams zum Personalbedarf wurde deutlich kommuniziert, dass der Stellennotstand unverzüglich behoben werden muss, um die wachsenden Anforderungen zukünftig wieder bewältigen zu können. Daher ist es unverständlich, dass die Ausschreibung der Stellen mit einer Besetzung zum 01.01.2023 nicht bereits stattgefunden hat. Bei der Befragung der Mitarbeiter*innen haben 20, also die überwältigende Mehrheit ihre Bereitschaft zur Teilnahme am mobile working erklärt. Die Einschränkung der Nichtteilnahme wegen</p>	

Publikumsverkehr relativiert sich nach Besetzung der unter 1) beschlossenen Stellen und einer an die Bedürfnisse der Beschäftigten, der Verwaltung und der Einwohner*innen angepassten Dienstvereinbarung.

Finanzierungsvorschlag

Anlagen



Unterschrift Antragsteller